

GLOBAL⁺

Globalisierung und Nord/Süd-Politik

alliance**sud**

Arbeitsgemeinschaft Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle | Helvetas | Caritas | Heks | www.alliancesud.ch



Globale Krise – Das Ende einer Ära

Klimafonds: Zu viel
Weltbank, zu wenig Geld

Mehr Entwicklungs-
hilfe: Bundesrat mauert

OECD-Richtlinien
für Multis ohne Biss

«Stimmen fürs Klima»

rb Im Dezember findet in Kopenhagen eine für den globalen Klimaschutz entscheidende Uno-Konferenz statt (siehe Seiten 8 und 16). Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, zu deren Gründungsmitgliedern Alliance Sud gehört, will mit einer schweizweiten Kampagne breiten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit bieten, ihre Sorge ums Klima auszudrücken. Dazu geht die grösste Schweizer Fahne aller Zeiten auf Tournee. Die Menschen sollen darauf ihre Forderungen an die Politik schreiben und zeigen, dass die Klimaerwärmung sie nicht kaltlässt. Die Fahne wird im Dezember nach Kopenhagen reisen. Zwischenhalt macht sie am 17. Oktober auf dem Bundesplatz in Bern: Ein Klimafest bildet dort den Höhepunkt der Kampagne. Infos: www.stimmenfürsklima.ch (ab Juli).

Neue Hoffnung für Tobin-Tax

pn Ende Mai trafen sich 58 Ländervertreter zur Konferenz über innovative Entwicklungsfinanzierung. Sie setzte unter anderem eine Arbeitsgruppe zur Prüfung einer

Kapitaltransaktionssteuer ein. Frankreichs Aussenminister Bernard Kouchner schlug in seiner Eröffnungsrede eine Transaktionssteuer von 0,005 Prozent vor, die 30 bis 60 Milliarden Dollar pro Jahr generieren könnte. Damit ist eine alte Forderung von NGOs ihrer Realisierung etwas näher gerückt. Auf die nächste Konferenz unter dem Präsidium Chiles bereiten die Mitglieder eine Reihe von Empfehlungen zu Steuerfragen vor, darunter zum Country-by-Country-Reporting durch Multis oder zum automatischen Informationsaustausch. Der Bundesrat wies bislang jeden Gedanken an innovative Entwicklungsfinanzierung von sich.

Schweiz «Klima-Fossil des Tages»

ph An den Klimaverhandlungen in Bonn erhielt die Schweizer Delegation am 5. Juni den Preis «Fossil des Tages». Die Schweiz hatte Mikronesien zurechtgewiesen, «realistisch zu bleiben», nachdem der Inselstaat von den Industrieländern eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 45 Prozent bis 2020 gefordert hatte. «Realistisch bleiben bedeutet für Inselstaaten wie Mikrone-

sien, sich mit dem Untergang abzufinden», begründete das NGO-Netzwerk Climate Action Network die Negativ-Auszeichnung.

Charta für entwicklungsfördernde Rohstoffnutzung

pn Rohstoffreichtum ist in schwachen Ländern oft eine Geissel statt ein Segen. Mitte Mai wurde in Oslo die Natural Resource Charter lanciert, die Prinzipien und Weisungen für einen entwicklungsförderlichen Umgang mit Rohstoffen formuliert. Die Charta initiierten unter anderem der Entwicklungsökonom Paul Collier, Joseph Bell vom Revenue Watch Institute und Ökonomienobelpreisträger Michael Spence. Weltbank, IWF und die Afrikanische Entwicklungsbank unterstützen die Charta ideell, aber nicht finanziell. An der Lancierung dabei waren unter anderem der norwegische Entwicklungsminister und Festus Mogae, der frühere Präsident Botswanas. Botswana gehört zu den wenigen afrikanischen Staaten, in denen die Machthaber die Rohstoffe nicht zusammen mit ausländischen Konzernen plündern, sondern für die eigene Entwicklung einsetzen.

Impressum

GLOBAL+

erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin:

Alliance Sud
Arbeitsgemeinschaft
Swissaid | Fastenopfer | Brot für alle
Helvetas | Caritas | Heks
Monbijoustr. 31, Postfach 6735, 3001 Bern,
Tel. 031 390 93 30, Fax 031 390 93 31
E-Mail: globalplus@alliancesud.ch
Internet: www.alliancesud.ch
ISSN 1424-9227

Redaktion:

Pepo Hofstetter (ph), Kathrin Spichiger (ks),
Tel. 031 390 93 34/30

Grafik: c.p.a. Clerici Partner AG, Zürich

Druck: s+z: gutzumdruck, Brig

Auflage: 2500

Einzelpreis: Fr. 7.50

Jahresabo: Fr. 30.–

Förderabo: mind. Fr. 50.–

Inseratpreise/Beilagen: auf Anfrage

Titelseite: Keystone, Montage c.p.a.

Die nächste Ausgabe erscheint
Mitte Oktober 2009.

Alliance Sud auf einen Blick

Präsident

Antonio Hautle, Direktor Fastenopfer

Geschäftsstelle

Peter Niggli (Geschäftsleiter), Kathrin Spichiger,
Postfach 6735, 3001 Bern, Tel. 031 390 93 30,
Fax 031 390 93 31, E-mail: mail@alliancesud.ch

Entwicklungspolitik

– Entwicklungszusammenarbeit

Michèle Laubscher, Tel. 031 390 93 40,
michele.laubscher@alliancesud.ch

– Handel/WTO

Michel Egger, Tel. 021 612 00 95,
michel.egger@alliancesud.ch

– Internationale Finanzen

Mark Herkenrath, Tel. 031 390 93 35,
mark.herkenrath@alliancesud.ch

– Medienstelle

Pepo Hofstetter, Tel. 031 390 93 34,
pepo.hofstetter@alliancesud.ch

– Nachhaltige Entwicklung/Gender

Rosmarie Bär, Tel. 031 390 93 32,
rosmarie.baer@alliancesud.ch

– Italienische Schweiz

Lavinia Sommaruga, 091 967 33 66,
lavinia.sommaruga@alliancesud.ch

Alliance Sud Expertise

Bruno Stöckli, Tel. 031 390 93 33,
bruno.stoeckli@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/expertise

Bildungsstelle Urs Fankhauser/Marianne Gujer,
Tel. 031 390 93 39, school@alliancesud.ch

Dokumentationszentrum Bern

Flavio Haab/Emanuela Tognola/
Renate Zimmermann, Tel. 031 390 93 37,
dokumentation@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/dokumentation

Regionalstelle Lausanne

Michel Egger/Frédéric Russbach,
Tel. 021 612 00 95/Fax 021 612 00 99
lausanne@alliancesud.ch

Dokumentation Lausanne

Line Durussel/Nicolas Derron/Pierre Flatt
Tel. 021 612 00 86, doc@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/documentation

Regionalstelle Lugano

Silvia Carton/Lavinia Sommaruga
Tel. 091 967 33 66/Fax 091 966 02 46,
lugano@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/politica



Peter Niggli

Tauziehen um Atalanta

Seit Dezember diskutiert die Schweiz, ob sie sich mit eigenen Soldaten an der Atalanta-Marineoperation der EU gegen somalische Piraten beteiligen soll. Eine Entscheidung fällt frühestens im Herbst. Das gemächliche Verfahren zeigt, dass sich unsere Hochseeflotte nur bedingt in einer Notlage befindet und nicht auf den Schweizer Beitrag an Atalanta angewiesen ist.

Die Auseinandersetzung dreht sich offensichtlich um anderes. Erstens um die Armee. Die Auslandseinsätze, die seit einigen Jahren möglich sind, würden ihrem Kader praktische Einsatzerfahrung verschaffen. Für eine Armee, die (glücklicherweise) keine Kriegserfahrung hat, wäre das nicht das Unwichtigste. Besonders wenn man aus ihr, wie der Verteidigungsminister, die «beste der Welt» machen will.

Zweitens geht es um unsere aussenpolitische Position. Die Schweiz ist in den letzten Jahren wiederholt von EU- oder Natomitgliedern um einen militärischen Beitrag angefragt worden – unter anderem für Afghanistan, den Kongo oder den Tschad. Diese Länder denken, die Schweiz sei wirtschaftlich potent, unterhalte eine grosse Armee und solle sich deshalb an friedenssichernden Einsätzen der internationalen Gemeinschaft beteiligen. Der Bundesrat hat drei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Er kann mitmachen, was er aber kaum macht. Oder er kann erklären, wieso er die Interventionen fraglich findet und was er stattdessen zu unternehmen gedenkt. Der Bundesrat, der dies machte, ist allerdings noch nicht geboren. Oder er kann klarstellen, dass die Schweizer Armee kein aussenpolitisches Instrument ist, sondern aus rein innenpolitischen Gründen existiert. Aussenpolitisch engagiere sich die Schweiz nur mit Mitteln der Diplomatie, der Friedensvermittlung und der Entwicklungszusammenarbeit.

Das wäre auch im Fall der somalischen Piraten möglich. Somalia wird – Atalanta hin oder her – so lange Piraten produzieren, wie es im Bürgerkrieg stecken bleibt, Millionen von Vertriebenen kaum ernähren kann und jede wirtschaftliche Tätigkeit am Boden liegt. Zudem tragen verfehlte externe Interventionen (durch die USA und ihren Verbündeten Äthiopien) in den somalischen Bürgerkrieg zu dessen Perpetuierung bei. Schliesslich hat die Praxis von Unternehmen aus Ostasien bis Europa, die unbeaufsichtigten Hoheitsgewässer Somalias leer zu fischen und für die Entsorgung toxischer Abfälle zu nutzen, zur Entstehung des Piratenproblems beigetragen. Insgesamt gäbe es also für kluge externe Akteure viel zu tun – auch für die Schweiz.

Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud

Aus dem Inhalt



Seite 5



Seite 8



Seite 11

- Ausbau der Entwicklungshilfe
- 5 Bundesrat hintertreibt 0,5-Prozent-Ziel**
- Klimafonds
- 6 Zu viel Weltbank, zu wenig Geld**
- Finanz- und Wirtschaftskrise
- 8 Das Ende einer Ära**

- Handelsabkommen
- 11 Business und Menschenrechte**
- OECD-Richtlinien für Multis
- 13 Ohne Biss und Engagement**
- Buchtipp
- 15 So wird Hunger gemacht**



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich



Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer
Postgraduate Course on Developing Countries

Weiterbildungskurse in Entwicklung und Zusammenarbeit Herbstsemester 2009

Mikro- und Makroperspektiven
in der Armutsbekämpfung

4 Tage, 22.9. – 25.9.

Planung / Monitoring II:
Ergebnisorientierte Planung und
Steuerung auf der Ebene Sektor-
und Landesprogramm

5 Tage, 28.9. – 2.10.

Wirkungsorientierte
Evaluation von Projekten und
Programmen

5 Tage, 5.10. – 9.10.

Aktuelle strategische
Fragen der
Entwicklungszusammenarbeit

3 Tage, 21.10. – 23.10.

OE II: Organisationsentwicklung
mit Partnerorganisationen
kompetent gestalten

3 Wochen Online-Phase vom 7.9. bis 28.9.
& 4 Tage Präsenzkurs vom 2.11. – 5.11.

NEU

Ländliche Entwicklung –
Herausforderungen, Strategien
und Ansätze

4 Tage, 10.11. – 13.11.

Planung I: Einführung in
die Planung von Projekten und
Programmen

4 Tage, 1.12. – 4.12.

Monitoring I: Projekt- und
Programmsteuerung in der EZA

4 Tage, 15.12. – 18.12.

Die Blockkurse des NADEL sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Masterprogramms (MAS) in Entwicklung und Zusammenarbeit sowie für die berufsbegleitende Weiterbildung von Fachkräften aus der internationalen Zusammenarbeit konzipiert.

Neben dem Besuch einzelner Blockkurse bietet das NADEL interessierten Fachkräften die Möglichkeit an, einen Zertifikatslehrgang (CAS) in Entwicklung und Zusammenarbeit zu absolvieren. Das Kursprogramm wird aus Pflicht- und Wahlkursen aus dem aktuellen Weiterbildungsangebot des NADEL individuell zusammengestellt. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt.

Anmeldeunterlagen und Auskunft:

ETH Zürich, NADEL, Lorenza Balmelli, Voltastrasse 24, CH-8092 Zürich
Tel. +41 44 632 42 40, Email: info@nadel.ethz.ch
www.nadel.ethz.ch

Bundesrat hintertreibt das 0,5-Prozent-Ziel

Der Bundesrat versucht das Parlament daran zu hindern, die Budgets der Entwicklungszusammenarbeit verbindlich zu erhöhen. Unter dem Vorwand der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung verweigert er die angeforderte Entscheidungsgrundlage.

Am Auftrag des Parlaments vom letzten Herbst gibt es nichts zu deuteln. Um sein prinzipielles Ja zu einem Ausbau der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit konkret umsetzen zu können, bestellte es beim Bundesrat für dieses Jahr eine Zusatzbotschaft und einen Zusatzkredit. Die Botschaft soll aufzeigen, wie stark die Budgets steigen müssen, damit die Schweiz bis 2015 0,5 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungshilfe investiert, und wozu die zusätzlichen Mittel dienen werden. Der Zusatzkredit soll sicherstellen, dass die Schweiz sich auf den Wachstumspfad begibt, denn der 2008 bewilligte Rahmenkredit friert die Hilfe bis 2012 auf 0,4 Prozent ein. Nur auf dieser Grundlage kann das Parlament das 0,5-Prozent-Ziel verbindlich beschliessen.

Diesen Beschluss will der Bundesrat um jeden Preis verhindern. Am 20. Mai hat er sich geweigert, den Auftrag des Parlaments zu erfüllen: Statt einer Zusatzbotschaft wird er im Spätsommer bloss einen Bericht vorlegen. Dieser soll eine Auslegeordnung der entwicklungspolitischen Herausforderungen enthalten und begründen, weshalb der Bundesrat Zusatzbotschaft und Zusatzkredit für unnötig hält: Die Schweiz dürfte 2009 und 2010 automatisch höhere BNE-Prozente erreichen, weil die Wirtschaftsleistung stark einbricht. Zudem steigt die Entwicklungshilfe leicht an und wird eine Zunahme jener Asylkosten erwartet, die als Hilfe zählen. Unter dem Strich, so die Rechnung des Bundesrates, dürfte die Entwicklungszusammenarbeit dieses und nächstes Jahr bis zu 0,47 Prozent BNE erreichen, ohne dass die Schweiz einen zusätzlichen Franken ausgeben muss.

Der Zusatzkredit würde allerdings bis 2012 laufen. Wenn die Wirtschaft nach 2010 wieder anzieht, braucht es zusätzliche Mittel, um auf dem Wachstumspfad Richtung 0,5 Prozent zu bleiben. Wegen der unsicheren Wirtschaftsentwicklung hält es der Bundesrat freilich für unmöglich, zu berechnen, wie hoch die Budgets der Entwicklungszusammenarbeit nach 2010 sein müssten. Diese Erklärung ist ungläubwürdig, wird doch derzeit der neue Finanzplan erarbeitet, der die Jahresbudgets des Bundes bis 2013 festlegt.

Der Bundesrat verwarfte sich auch dagegen, nach 2010 eine Zusatzbotschaft vorzulegen, sollten sich dazumal zusätzliche Mittel als nötig erwei-



Der Bundesrat sperrt sich gegen mehr Entwicklungshilfe – und foutiert sich einmal mehr um die Millenniumsziele. Aktion vor dem Bundeshaus, 2008.

sen. Er hat es sichtlich darauf angelegt, einer verbindlichen Erhöhung so viele Hindernisse in den Weg zu stellen, dass es das Parlament müde wird, sie zu beseitigen. Die Wirtschaftslage ist ihm dabei ein willkommener Vorwand. Denn ein höheres Prozentziel lehnt er grundsätzlich ab, trotz anderslautenden Beteuerungen auf internationalen Konferenzen. Schon im Frühling 2008, als weit und breit niemand von Finanz- und Wirtschaftskrisen redete, erteilte er dem 0,5-Prozent-Antrag des Aussendepartements eine klare Abfuhr.

Was nun? Das Parlament kann auf seiner Forderung nach einer Zusatzbotschaft beharren, nimmt damit aber eine Verzögerung in Kauf. Es kann auch die Entwicklungszusammenarbeit auf eigene Faust aufstocken. Die Ratsmitglieder, die sich letztes Jahr stark für eine Erhöhung engagierten, prüfen derzeit, wie sie die bundesrätlichen Hindernisse am wirksamsten aus dem Weg räumen können.

Michèle Laubscher

Widerstand im Parlament

ml Die Parlamentariergruppe «Suisse-Solidarité internationale», die sich mit Fragen der internationalen Zusammenarbeit befasst und rund 70 Mitglieder aus allen Parteien zählt, hält am 0,5-Prozent-Ziel fest. Anfang Juni beschloss sie, noch vor der Sommerpause eine Medienkonferenz durchzuführen. «Das Ziel darf nicht ausradiert werden», erklärte der Ko-Präsident der Gruppe, der freisinnige Ständerat Felix Gutzwiller. Die Gruppe will erklären, weshalb ein Ausbau der Entwicklungshilfe notwendig ist, und ihn auch beziffern. Als Basis werden die neuen Wirtschaftsprognosen des Staatssekretariat für Wirtschaft dienen.

Zu viel Weltbank, zu wenig Geld

Mark Herkenrath **Im Dezember soll in Kopenhagen ein Klimagipfel ein neues weltweites Klimaabkommen aufgleisen. Nebst neuen CO₂-Reduktionsverpflichtungen steht die Frage im Zentrum, wie arme Länder die milliardenteuren Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel finanzieren sollen. Und wer bei den zuständigen Fonds das Sagen hat.**



Foto: Jean Claude Moschetti / Rea

Als Klimabank ungeeignet: Die Weltbank puscht in vielen Ländern die Erdölförderung und finanziert Kohlekraftwerke. Im Bild: Pipeline in Nigeria.

Dürre, Wirbelstürme und überflutete Küstenregionen: Die Entwicklungsländer leiden unter der globalen Klimaerwärmung weit mehr als die Verursacher, die Industrienationen. Für Bangladesch zum Beispiel hat der Weltklimarat (IPCC) vorgerechnet, dass der erwartete Anstieg des Meeresspiegels bis 2050 mehr als ein Zehntel der Landesfläche unter Wasser setzen und über fünf Millionen Menschen in die Flucht zwingen wird. Die Ernteerträge des Landes werden nach Schätzungen des Uno-Entwicklungsprogramms UNDP bis dahin um rund 40 Prozent zurückgehen. Das Trinkwasser wird bereits vor 2050 knapp. Und all dies, obwohl Bangladesch über 20-mal weniger CO₂ pro Kopf ausstösst (2004: 0,25 Tonnen) als die Schweiz (2004: 5,47 Tonnen).

Die veränderten klimatischen Bedingungen stellen arme Länder vor enorme Anpassungsprobleme. Sie müssen den Nahrungsmittelanbau radikal umstellen, neue Siedlungsgebiete erschliessen, Dämme bauen und Frühwarnsysteme einrichten. Das Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) schätzt, dass diese Anpassungsmassnahmen die Entwicklungsländer jährlich zwischen 28 und 67 Milliarden Dollar kosten wird. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam geht von mindestens 50 Milliarden Dollar aus, das Uno-Entwicklungsprogramm UNDP gar von 86 Milliarden.

Wer soll dieses Geld aufbringen, und wer soll es verteilen? Diese Fragen sorgen seit einiger Zeit für heftige politische Auseinandersetzungen. Die Entwicklungsländer sind nicht bereit,

einem Klimaabkommen zuzustimmen, das die Finanzierung der Anpassungskosten nicht gerecht und verbindlich regelt. Eine solche Regelung fehlt bisher. Zwar gibt es schon jetzt zahlreiche multilaterale Klimafonds, doch sind die freiwilligen Einzahlungen der Industrieländer spärlich. Ausserdem herrscht zwischen den Fonds beträchtliche Konkurrenz: Die Industrieländer bevorzugen jene, in denen die Entwicklungsländer am wenigsten zu sagen haben.

Viele Fonds mit wenig Mitteln

Im Jahr 2001 richtete die globale Umweltfazilität GEF, das Finanzierungsprogramm der Klimarahmenkonvention, zwei multilaterale Fonds ein: den Special Climate Change Fund (SCCF) und den Least Developed Countries Fund (LDCF). Sie sollen die Entwicklungsländer bei der kostspieligen Anpassung unterstützen. Die beiden Fonds wurden der Weltbank unterstellt, was die Entwicklungsländer wegen ihrer geringen Mitsprachemöglichkeiten als undemokratisch kritisierten. Nach zähen Verhandlungen setzten sie im Verwaltungsrat ein System der doppelten Stimmenmehrheit von Geber- und Nehmerländern durch. Die beiden Fonds decken allerdings nur einen Bruchteil der tatsächlich benötigten Gelder ab. In den SCCF wurden von 2001 bis Anfang März 2008 gerade einmal 74 Millionen US-Dollar eingezahlt, in den LDCF 92 Millionen.

Ein wichtiger Grund für die mangelhafte Finanzierung der GEF-Fonds liegt bei der Weltbank selber. Denn seit die Entwicklungsländer dort mehr zu sagen haben, schuf sie eine Reihe von eigenen Fonds, die den GEF konkurrenzieren. So den 2008 eingerichteten Strategic Climate Fund (SCF) und das von ihm finanzierte Pilot Program for Climate Resilience. Fonds und Programm werden von Gremien gesteuert, in denen Entwicklungsländer und Industrienationen paritätisch vertreten sind. Entwicklungsländer und zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren aber, dass die hart erkämpften Bestimmungen der Klimarahmenkonvention in den Statuten dieser Weltbankfonds nur als Leitlinien, nicht als bindende Verpflichtungen gelten und dass die Fonds in wichtigen Punkten davon abweichen. Zum Beispiel erfolgt die Auszahlung der Fondsmittel zum Teil über verzinste Kredite, und bei den nicht rückzahlbaren Finanzierungselementen besteht für die Geberländer die Möglichkeit, sie von den Entwicklungshilfebudgets abzuziehen.

Der «Bali-Fonds»

Wegen der Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit den Weltbank-Fonds wurde an der Klimakonferenz in Bali (2007) ein weiterer multilateraler Fonds beschlossen: der Kyoto Protocol Adaptation Fund. Dieser neue Anpassungsfonds kann, im Unterschied zu den bisherigen, mit einigermassen sicheren Einnahmen rechnen, soll er doch aus einer Steuer auf den Emissionshandel gespiesen werden. Nach jüngsten Berechnungen kann der Fonds damit aber nur gerade 1 Prozent des tatsächlichen Bedarfs decken. Viele Entwicklungsländer drängen deshalb auf zusätzliche Finanzierungsquellen – bislang erfolglos. Erfolg hatten die Entwicklungsländer hingegen bei den Verhandlungen über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates: Sie stellen darin die Mehrheit.

Der Schweizer Vorschlag

Einer der sinnvollsten Vorschläge, wie der Anpassungsfonds gefüllt werden könnte, stammt aus der Schweiz. Sie hat 2006 die

«Die Weltbank ist als globale Klimabank ungeeignet: Man würde den Bock zum Gärtner machen.»

Idee einer globalen CO₂-Abgabe eingebracht, die allein im kommenden Jahr bis zu 50 Milliarden Dollar Einnahmen bringen könnte. Allerdings hat die Schweiz bislang kein klares Bekenntnis abgelegt, dass die Abgabe allein in den Bali-Fonds fliessen soll. An den Klimaverhandlungen von Anfang April liess sie verlauten, man prüfe alle Möglichkeiten, auch ein Weltbank-Fonds sei als Verteilzentrale denkbar.

Entwicklungsländer und Nichtregierungsorganisationen sind hier anderer Meinung. Die Weltbank ist als globale Klimabank ungeeignet: Man würde den Bock zum Gärtner machen. Sie finanziert über ihr ordentliches Budget immer mehr klimaschädigende Kohlekraftwerke und puscht die Erdölförderung. An den GEF-Fonds wird kritisiert, dass sie in Entwicklungsländern mit hoher Armutsquote bislang deutlich weniger Projekte finanzierte als in solchen mit geringer Armut. Mit der Finanzierung der Klimaanpassung sollten darum nur der Bali-Fonds oder eine neue Institution unter der Leitung des Sekretariats der Klimarahmenkonvention betraut werden.

Tagung «Kopenhagen und der Süden»: siehe Seite 16

Kampagne «Stimmen fürs Klima»: siehe Seite 2

Die Forderungen von Alliance Sud

mh Die Industrieländer haben die Atmosphäre während Jahrzehnten aufgeheizt und den Klimawandel verursacht. Deshalb sollen sie auch für die Folgen aufkommen und die Entwicklungsländer bei der Anpassung finanziell und technisch unterstützen. Die Finanzierung muss kontinuierlich und vorhersehbar sein und darf nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit und der Bekämpfung der Armut erfolgen.

Alliance Sud unterstützt darum den Schweizer Vorschlag für eine globale CO₂-Abgabe. Die Durchsetzung dieses Vorschlags wird allerdings kein Sonntags-spaziergang werden: Es gibt politische Widerstände und Gegenentwürfe. Die Schweiz ist gefordert, ihr Anliegen dezidiert und geschickt gegen Widerstände zu verteidigen. Ausserdem muss sie klar deklarieren, dass die Gelder über den «Bali-Fonds» (Kyoto Protocol Adaptation Fund) fliessen sollen und nicht über die Weltbank-Fonds. Entwicklungspolitisch sinnvolle Anpassungsprojekte erfordern eine massgebliche Mitsprache der Entwicklungsländer und ihrer Bevölkerung, aber auch unabhängige Kontroll- und Evaluationsmöglichkeiten.

Innenpolitisch gilt es, Mittel und Wege zu finden, den schweizerischen Beitrag an den Bali-Fonds zu finanzieren.

Das Ende einer Ära

Peter Niggli **Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise markiert das Ende einer Ära. Mit ihr bricht nicht nur die Konjunktur ein, sondern ist der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konsens der letzten dreissig Jahre ins Rutschen geraten. Um das weltwirtschaftliche Ungleichgewicht zu korrigieren, steht heute eine neue Macht- und Verantwortungsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf der Agenda.**



Vor einer Neuverteilung von Macht und Verantwortung: Barack Obama trifft am G-20-Gipfel in London den chinesischen Staatschef Hu Jintao.

Foto: Keystone

Hat man 1975, 1982, 1991 und 2001 erstarnte Arbeitsmärkte, inflationären Druck, weltmarktuntaugliche Unternehmen oder gegängelte Finanzmärkte für die Krisen verantwortlich gemacht, ist die Schuldzuweisungsmaschinerie der politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen diesmal viel zurückhaltender. Denn die Krise begann dort, wo alles bestens sein müsste: im liberalisierten, deregulierten, globalisierten und äusserst ertragreichen amerikanischen Finanzmarkt.

Fatale Finanzmarktliberalisierungen

Seit 1980 hoben die westlichen Regierungen nationale Finanzmarktbeschränkungen auf und liberalisierten den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Später drängten sie die Entwicklungsländer, dasselbe zu tun. Deregulierung und Liberalisierung sollten eine effizientere Verteilung des Kapitals, einen Ausgleich zwischen Nord und Süd und Wohlstandsgewinne für alle mit sich bringen. Die unerwartete Nebenwirkung dieser Medizin war in den 90er-Jahren stattdessen eine Häufung von Finanzkrisen in Entwicklungsländern.

Die westlichen Regierungen und ihre Hofökonomien lasteten sie den ungenügenden Aufsichtsbehörden der Entwicklungsländer und der korrupten Verflechtung zwischen Politikern und lokalen Financiers an. Die Krisen galten jedoch als Kinderkrankheiten, welche die Entwicklungsländer überwinden könnten, wenn sie die vorbildliche Finanzmarktordnung der Industrieländer und unsere unbestechlichen Regierungsweisen kopierten.

Jetzt ist die grösste Finanzkrise seit 1929 nicht in Argentinien ausgebrochen, sondern in den USA – im «vorbildlichsten Finanzmarkt aller Zeiten». Das hat die Hofökonomie nicht vorausgesehen. Von politischer Einmischung und «Gängelung» befreite Finanzmärkte hätten ihr zufolge zum Gleichgewicht und nicht zur Selbsterstörung tendieren sollen.

Freie Finanzmärkte galten auch als Garanten für die effiziente Zuweisung (Allokation) von Kapital. Stattdessen haben sie nun in wenigen Monaten Tausende von Milliarden Dollar vernichtet und eine der historisch grössten Fehlallokationen von Kapital hervorgebracht, die keinen Vergleich mit der Zentralplanwirtschaft der Sowjetunion zu scheuen hat.

Erschütterte Selbstgewissheit

Es ist dieser Zusammenprall von unerwarteter Realität und «wissenschaftlich» gestützter Ideologie, der die Selbstgewissheit der Funktionseliten der westlichen Welt erschüttert hat und das Besondere dieser Krise ausmacht. Ein Gradmesser dafür ist, dass die Regierungen – zur eigenen und zu unserer Überraschung – auf den Zusammenbruch im letzten Herbst mit einer Art «spontanem» Vulgärkeynesianismus reagierten, der allem entgegensteht, was sie seit den 80er-Jahren wirtschaftspolitisch vorgebetet haben. Den Stimmungswechsel unterstrich schliesslich die Wahl Barack Obamas. Seither ist man vor allem bemüht, die Banken zu restabilisieren, den wirtschaftlichen Absturz zu verlangsamen und die Nachfrage einigermaßen aufrechtzuerhalten. Die grundsätzlichen Diskussionen darüber, was sich ändern müsste, stehen hingegen erst am Anfang.

Was tun mit den Banken?

Die wichtigste Baustelle ist das Banking. Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Paul Krugman propagiert seit Monaten, man müsse die Rolle des Finanzsektors in der Volkswirtschaft verringern. Dieser habe sich seit den 60er-Jahren verdoppelt und auf dem Höhepunkt über 40 Prozent der Gewinne der Gesamtwirtschaft eingestrichen. «Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass dies zu irgendetwas Produktivem geführt hätte. Diese extrem hoch entschädigten Banker fanden im Wesentlichen einfach neue Wege, Risiken auf andere Leute abzuwälzen.»¹ Krugman plädiert für die Rückkehr zum «langweiligen Banking» der 60er-Jahre und für eine Wirtschaft, in der Physikerinnen und Ingenieure in der Industrie arbeiten statt an trügerischen Modellen zur «Absicherung» von Finanzkassinooperationen.

Die neuen Finanzmarktregulierungen, die in der G20 oder in der Uno diskutiert werden, gehen in Richtung «langweiliges Banking»: 1. Vorschriften für eine höhere Eigenkapitaldeckung und eine viel tiefere Verschuldungsquote («leverage ratio»). 2. Der Einbezug aller Kreditgeschäfte in die Bilanz und das Verbot ausserbilanzlicher Zweckgesellschaften. 3. Die Unterstellung aller Finanzunternehmen und -instrumente unter die Regulierungsbehörden und Zulassungs- und Verbotverfahren für neue Arten von Finanzunternehmen und für «innovative»

«Es ist der Zusammenprall von unerwarteter Realität und <wissenschaftlich> gestützter Ideologie, der die Selbstgewissheit der Funktionseliten der westlichen Welt erschüttert hat und das Besondere dieser Krise ausmacht.»

Finanzprodukte. 4. neue Entlöhnungssysteme, die keine betrügerischen Anreize setzen. 5. Abbruch von voreiligen Finanzmarktliberalisierungen und Wiedereinführung smarter Kapitalverkehrskontrollen in Entwicklungsländern.

Dagegen ist aus der Finanzindustrie Widerstand zu erwarten. So wehren sich zum Beispiel die neun grössten Derivatehändler der Wall Street seit November gegen strengere

Offenlegungsregeln bei den neuen, an der Krise mitbeteiligten Derivaten wie Credit Default Swaps.² Hierzulande sagt man indirekt – die Re-Regulierungen dürften die «Innovationen» nicht behindern. Welche Innovationen? Sind Subprime-Wertpapiere, die Verbriefung von Subprime-Wertpapieren, die Verbriefung von Versicherungen von verbrieften Subprime-Wertpapieren und so weiter volkswirtschaftlich wertvolle «Innovationen» oder «finanzielle Massenvernichtungswaffen», wie Warren Buffett, ein intimer Kenner der Materie, die neuen Derivate nannte?

Finanzblasen statt höhere Löhne

Nun mag die Deregulierung die irrwitzigen Instrumente erklären, mit denen unhaltbare Kreditpyramiden konstruiert worden sind. Und die Liberalisierung der Kapitalmärkte erklärt, wieso sich eine Krise am amerikanischen Hypothekenmarkt weltweit ausbreitet. Doch bleibt die Frage ungeklärt, wieso sich Finanzblasen häufen.

«Dieses weltwirtschaftliche Ungleichgewicht <sanft> zu beseitigen, ohne die nächste Finanzkrise auszulösen, ist die Aufgabe der kommenden Jahre.»

In den letzten dreissig Jahren ist in den meisten alten Industrieländern der Anteil des Kapitals am Volkseinkommen gestiegen und der Anteil der Löhne gesunken. Zudem stiegen nur noch die Löhne der oberen und obersten Einkommensschichten, während die Löhne des «unteren Mittelstands» stagnierten und die der untersten Einkommensschicht sanken.

Das führte zu einem Überhang von renditesuchendem Kapital gegenüber einer stagnierenden Konsumnachfrage. Während die Weltwirtschaft im «Goldenen Zeitalter» nach dem Zweiten Weltkrieg mit stark wachsenden Reallöhnen zur Überkonsumtion mit inflationären Auswirkungen tendierte, herrschen in der neoliberalen Ära nach 1980 bei permanentem Lohndruck Überproduktion und Überinvestition mit deflationärer Tendenz vor. Zugleich werden Eigenkapitalrenditen von 15 bis 20 Prozent propagiert. Da die Wirtschaft aber nur um 2 bis 3 Prozent wächst, müssen für die grosszügigen Eigenkapitalrenditen die Gewinne anderer, schwächerer Wirtschaftssektoren abgeschöpft, die Löhne beziehungsweise Stellenetats gedrückt und die Kreditpyramiden erhöht werden.

Kernländer des besten, also liberalsten Kapitalismus wie die USA oder England haben in den letzten Jahren die Ausweitung der Konsumnachfrage nur noch aus den Finanzblasen finanziert, aus den Erträgen spekulativ wachsender Vermögen. Sie kompensierten die stagnierenden Lohneinkommen. Ohne Finanzblasen hätten die USA und England seit Ende der 90er Jahre kein Wirtschaftswachstum mehr gekannt.

Schützenhilfe aus dem Süden

Der spekulative Boom wurde von unerwarteter Seite mit unterstützt. Viele Entwicklungsländer zogen aus den >>>



Foto: Keystone

Milliarden in den Sand gesetzt – jetzt wäre die Rückkehr zum «langweiligen Banking» angesagt.

«Die Zeiten, als die G-7 am Kaminfeuer die Angelegenheiten der Weltwirtschaft regelten, sind vorbei.»

»» Finanzkrisen der 90er-Jahre eigene Lehren. Der Kapitalimport aus dem Ausland hatte sich für sie als zweischneidiges Schwert erwiesen. In den Finanzkrisen floss Auslandskapital so rasch wieder ab, wie es hereingekommen war, und hinterliess eine Spur von bankrotten Firmen und Betonskeletten. Die Krisenhilfe, die ihnen die Industrieländer über den Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährten, war an wirtschaftspolitische Bedingungen geknüpft, die die Krise verschärften. Entsprechend hoch fielen die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Medizin aus.

Deshalb bauten sie, allen voran China, nach der Asienkrise 1997/98 massive Währungsreserven auf, die zu einem guten Teil das wachsende Aussenbilanz- und Budgetdefizit der USA mitfinanzierten. Sie gaben damit dem spekulativen Boom weiteren Schub und erhielten sich zugleich einen Absatzmarkt für ihre Produkte. Andere «Exportweltmeister» wie Japan, Deutschland (und die Schweiz) profitierten ebenfalls vom amerikanischen Doppeldefizit und der Rolle der USA als globalem Endkonsumenten oder «Consumer of last resort».

Dieses weltwirtschaftliche Ungleichgewicht «sanft» zu beseitigen, ohne die nächste Finanzkrise auszulösen, ist die Aufgabe der kommenden Jahre. Einfache Patentlösungen sind nicht in Sicht. In den USA werden Banken, Unternehmen und

Private noch über Jahre Schuldenpositionen abbauen müssen, was auf die Konjunktur drückt. Die US-Importe und das Aussenbilanzdefizit werden sinken, die Welt wird ihren «Consumer of last resort» verlieren.

Chancen für eine neue Machtteilung

China und Indien mit ihren grossen Binnenmärkten haben die Chance, ihr inneres Wachstum zu fördern und weniger exportabhängig zu werden. Das chinesische Konjunkturpaket, eines der grössten der Welt, zeigt in diese Richtung. Der Süd-Süd-Handel dürfte verstärkt, eigene Instrumente der Entwicklungsfinanzierung und der Währungszusammenarbeit dürften ausgebaut werden, wie der Banco del Sur in Lateinamerika oder der Chiang-Mai-Mechanismus³ in Ostasien.

In den kommenden Jahren steht eine neue Macht- oder Verantwortungsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf der Agenda. Die Zeiten, als die G-7 am Kaminfeuer die Angelegenheiten der Weltwirtschaft regelten, sind vorbei. Heute müssen die Kapitalexporthändler Asiens und die grossen Schwellenländer Lateinamerikas und Afrikas einbezogen werden. Es ist bezeichnend, dass die USA im Krisenherbst 2008 keinen G-7-, sondern einen G-20-Krisengipfel einberufen haben. Klar ist, dass sich die asiatischen Kapitalexporthändler nicht namhaft am IWF beteiligen werden (obwohl es jetzt sehr gewünscht wäre), wenn nicht die Stimmenmehrheit der Industrieländer im IWF gebrochen wird. Dagegen gibt es aber noch starke, vor allem europäische Widerstände, auch von der Schweiz. Ob es schliesslich gelingt, auch die Uno wirtschaftspolitisch aufzuwerten, wie das NGOs seit Langem und heute auch eine Uno-Kommission unter der Leitung des Ökonomen und Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz verlangt, ist offen.

Ungelöste Öko-Frage

Parallel dazu drängen ökologische Fragen mit Macht in den Vordergrund. Das Zeitalter billiger, in wachsender Menge verfügbarer fossiler Energieträger ist vorbei und damit das Rückgrat der industriellen Produktionsweise, wie wir sie kennen. Gleichzeitig droht die Klimaerwärmung zwischen 2010 und 2020 aus dem Ruder zu laufen, wenn nicht in den allernächsten Jahren ernsthaft mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien begonnen wird.

Man hat leider den Eindruck, dass unsere krisengebeutelten Staatschefs und Wirtschaftsfürsten die Sache lieber ihren Nachfolgern überlassen, statt selber anzupacken. An sich wären die Krisenprogramme eine gute Möglichkeit, in erneuerbare Energien und weniger energieintensive Infrastrukturen zu investieren. Doch die meisten Konjunkturprogramme bleiben diesbezüglich enttäuschend. Es sind Staaten mit einer starken industriepolitischen Tradition wie Südkorea, welche hier die löbliche Ausnahme bilden.

1 *The New York Review of Books*, June 11 – July 1, 2009.

2 *Gretchen Morgenson: Bank lobby resists regulation. International Herald Tribune*, 2.6.2009

3 13 asiatische Länder vereinbarten 2000 im thailändischen Chiang Mai, sich in Finanzkrisen gegenseitig zu helfen.

Eine Chance für faireren Handel

Bastienne Joerchel Ende Mai diskutierte der Nationalrat den Efta-Freihandelsvertrag mit Kolumbien. Eine beachtliche Minderheit forderte eine stärkere Verknüpfung mit Menschenrechten und Umweltnormen. Dass solche Auflagen sinnvoll sind, zeigen Erfahrungen der Europäischen Union (EU).



Foto: Keystone Press

Auflagen in Handelsverträgen können sich positiv auf die Respektierung von Sozialrechten auswirken: Demonstration für würdige Jobs in Manila, Oktober 2008.

Seit 1995 kennt die EU das Prinzip, bei Handelsverträgen mit Drittstaaten Klauseln zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie zu integrieren. Dieses Prinzip wird allerdings unterschiedlich umgesetzt.

Die ausführlichsten Klauseln kennt das Cotonou-Abkommen, das die EU 2000 mit 79 ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und des Pazifiks abschloss. Die Achtung der Menschenrechte sowie rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze sind wesentliche Bestandteile. Um deren Respektierung zu fördern, sieht das Abkommen einen regelmässigen politischen Dialog, ein institutionalisiertes Konsultations- sowie ein Schiedsgerichtsverfahren vor.

Die bilateralen Verträge der EU mit den Mittelmeerrändern sowie Mexiko, Chile und Südafrika setzen mehr auf «klassische» Sanktionen. Bei Verstössen gegen die grundlegenden Menschenrechte und die entsprechenden Konventionen sollen «geeignete Massnahmen» ergriffen werden, heisst es et-

was vage. Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) schliesslich fordert die EU gewisse soziale und ökologische Konditionalitäten auch von jenen Ländern, denen sie einseitig Handelsvorteile gewährt. Sie bindet diese an die Ratifikation bestimmter Abkommen und deren Umsetzung im nationalen Recht. Dazu gehören etwa die Kernkonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), das Tropenholz-Abkommen oder Massnahmen zur Substitution von Drogenanbau. Bei schwerwiegenden Verletzungen können die Handelsvorteile entzogen werden.

Positive Erfahrungen

Die Bilanz der verschiedenen Mechanismen ist durchzogen. Am schwächsten wirken sie bei der Einhaltung der Menschenrechte: Hier ist der Effekt gleich null. In der Praxis wurden bloss zweimal Sanktionen ergriffen: gegenüber Myanmar (1997) und Weissrussland (2007). In beiden Fällen reagierte die EU auf schwere Menschenrechtsverletzungen.

Die Verknüpfung von Handelsvorteilen und sozialen und ökologischen Auflagen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems hingegen zeigt eine gewisse Wirkung. Sie hat die meisten Länder bewogen, die jeweiligen internationalen Konventionen zu ratifizieren.

Eine Studie des International Institute of Sustainable Development (IISD) zeigt, dass sich die Sozial- und Umweltbestimmungen auch dann in bilateralen Abkommen positiv auswirken, wenn keine Sanktionen ergriffen wurden. So hat Chile seine nationale Gesetzgebung nach dem Abschluss von Freihandelsverträgen mit den USA und der EU stark dem internationalen Recht angepasst.

Die IISD-Studie zeigt weiter, dass der sanfte Druck zu einer nachhaltigeren Politik sich auch auf die einzelnen Wirtschaftsakteure auswirkt. Sie antizipieren die Erwartungen der Handelspartner. So haben brasilianische Industrie- und Nahrungsmittelunternehmen Umwelt- und andere Standards übernommen, um Marktanteile zu halten. Kurz: Es sind weniger eigentliche Sanktionen als die in Verträgen festgehaltenen technischen und juristischen Anforderungen (und die Labels in den Industrieländern), die Hebelwirkung zeigen. >>>

»» Viele Entwicklungsländer und vor allem lateinamerikanische Schwellenländer stehen heute Sozial- und Umweltklauseln weniger ablehnend gegenüber als früher. Auch haben die Diskussionen (und Pressionen) rund um den Klimawandel die Regierungen für Umweltfragen sensibilisiert.

So akzeptierte Kolumbien bei seinen Verträgen mit den USA und Kanada zusätzliche Bestimmungen zum Schutz der Umwelt und der Arbeitsrechte. Es verpflichtete sich, die internationalen Konventionen einzuhalten und die nationale Gesetzgebung zu verbessern. Um dies sicherzustellen, sehen die Abkommen institutionelle Mechanismen sowie ein Schiedsverfahren vor.

Die Integration von Umwelt- und Sozialnormen in Handelsverträge macht also Sinn. Doch bräuchte es in Zukunft härtere Bestimmungen, um beispielsweise griffige Umwelt- und Sozialstandards bei der Herstellung von Produkten durchzusetzen. Auch ein internationales Label-System wäre denkbar. Die Welthandelsorganisation (WTO) hat sich bisher aus Gründen der «Nichtdiskriminierung» stets geweigert, den Handelsaustausch mit Sozial- und Umweltkriterien zu verknüpfen. Bilaterale Handelsverträge wären ein geeignetes Experimentierfeld, um eine Bresche für einen faireren Handel zu schlagen.

Pedro da Motta Veiga, Sandra P. Rios: Trade and Development – The rising importance of sustainable development in the South American trade agenda. IISD 2009. www.iisd.org/publications

Aufmucken im Nationalrat

bj Die Schweiz hat es bisher abgelehnt, Handelsfragen mit sozialen und ökologischen Anliegen zu verknüpfen. Keines ihrer Abkommen mit Entwicklungsländern kennt entsprechende Bestimmungen. Einzige Ausnahme ist der Efta-Vertrag mit Kolumbien mit einem Kapitel über Biodiversität. Ansonsten aber enthält er, anders als die Verträge Kolumbien mit den USA und Kanadas (siehe Hauptartikel), weder Umwelt- noch Sozialauflagen.

Im Nationalrat führte dies zu einer engagierten Debatte. Das ist neu, bisher winkte das Parlament solche Handelsverträge meist kommentarlos durch. In der Sommersession sprachen sich 73 von 176 NationalrätInnen dafür aus, den Efta-Vertrag mit Kolumbien nachzubessern und stärker mit Menschenrechten und Umweltvorschriften zu verknüpfen. Der Ball liegt nun beim Ständerat, der sich im Herbst mit dem Abkommen beschäftigen wird.

INSERAT

2. Internationale Sommerakademie Die Kunst der Konfliktbearbeitung KULTUR UND KONFLIKT

Zweisprachig: Deutsch / Englisch

Die Praxis der Konfliktbearbeitung erfordert vielfältige Kompetenzen, um in Konfliktsituationen konstruktiv mit heterogenen Lebensformen, Wertesystemen, Überzeugungen, Traditionen und Glaubensrichtungen umgehen zu können.

Mit Referaten und Workshops von renommierten Experten und Expertinnen bietet die diesjährige Sommerakademie Gelegenheit, sich eingehend mit den kulturellen Aspekten von Konflikten auf unterschiedlichen Ebenen zu befassen.

Zudem besteht auch dieses Jahr die Möglichkeit, eigene Projekte zu präsentieren und sich beruflich zu vernetzen.

Mit Bernd **FECHLER**, Richard **FRIEDLI**, Johan **GALTUNG**, Pascal **GEMPERLI**, Wilfried **GRAF**, Hasini **HAPUTHANTHRI**, Corinne **HENCHOZ PIGNANI**, Donna **HICKS**, Herbert **KELMAN**, Gudrun **KRAMER**, Ueli **MÄDER**, Astrid **MESSERSCHMIDT**, Nina **NISAR**, Tariq **RAMADAN**, Jay **ROTHMAN**, Stephanie **SCHELL-FAUCON**, Sunil **WIJESIRIWARDENE**, Werner **WINTERSTEINER**, Uri **ZIEGELE**

12. - 17. Juli 2009 in Bern
Letzte Plätze!

Informationen und Anmeldung

www.iicp.ch

Senden Sie uns eine Email an info@iicp.ch um weitere Infos automatisch zu erhalten.

IICP - The Art of Peace
Institute for Integrative
Conflict Transformation and Peacebuilding

Wenig Biss und Engagement

Die Sozial- und Umweltnormen der OECD für Multis wären ein brauchbares Instrument, hätten sie mehr Biss. Doch dazu müssten die nationalen Kontaktstellen reformiert und gestärkt werden – vor allem auch in der Schweiz.

Die OECD-Leitsätze für Multis sind die umfassendsten Sozial- und Umweltempfehlungen, die Regierungen bisher für international operierende Firmen beschlossen haben. Sie sind vor allem auch für die Schweiz von Bedeutung, hält sie doch weltweit den Pro-Kopf-Rekord an Auslandsinvestitionen: Schweizer Firmen haben insgesamt 740 Milliarden Franken im Ausland investiert.

«Die Leitsätze sind ein wichtiges Druckmittel gegenüber den Multis», sagt Jacqueline Baroncini von der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter (UITA). Die Gewerkschaft hat seit 2002 sechsmal beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geklagt, das als Schweizer Kontaktstelle für die Einhaltung der Richtlinien fungiert. Die sechs Klagen betrafen alle Nestlé; drei sind noch hängig und beziehen sich auf Probleme in Südkorea, Indonesien und Indien.

Das Regulierungspotenzial, das theoretisch in diesen Leitsätzen steckt, konnte bisher aber nicht voll genutzt werden. Das NGO-Netzwerk OECD Watch und John Ruggie, bei der Uno für Menschenrechte und Multis verantwortlich, machen dafür verschiedene Schwachstellen verantwortlich. Sie treffen auch auf das Seco zu.

Schwach dotiert und konzernnah

Die 1976 geschaffenen und letztmals 2000 aktualisierten Leitsätze sind sehr allgemein, vage und lückenhaft formuliert. Sie beziehen die Zulieferfirmen nicht ein und sind nur schwer auf den Finanzsektor anwendbar. Die Richtlinien sind freiwillige, juristisch nicht verbindliche Empfehlungen. «Das Seco weist immer wieder auf diesen Umstand hin, um seine Zughaftigkeit gegenüber den Firmen zu rechtfertigen», beklagt UITA-Gewerkschafterin Jacqueline Baroncini. «Aber auch viele Firmen sind, wie Nestlé, wenig kooperativ.»

Zweiter Schwachpunkt: Die meisten nationalen Kontaktstellen sind Regierungsstellen zugeordnet, deren Aufgabe es ist, Investitionen zu fördern. Das führt zu Interessenkonflikten – umso mehr, als es keinen unabhängigen Kontrollmechanismus gibt. So ist die Seco-Kontaktstelle gegenüber dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig. Britannien und die Niederlande haben auf Vorschlag von OECD Watch die Kontaktstelle mit einem unabhängigen Expertengremium ergänzt. Das Seco verspürte bis-

her wenig Lust dazu: Es wäre angesichts der wenigen Fälle «unverhältnismässig», begründet es.

Den Kontaktstellen fehlen drittens die Ressourcen, um den Klagen seriös nachzugehen, die Fälle zu studieren und Mediationen durchzuführen. Die Resultate sind deshalb oft mager, die Verfahren endlos lang. Ein Beispiel dafür ist die Klage, welche die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK) gegen Cerrejón/Xstrata (Glencore) wegen Verletzung der Rechte von Indigenen und Bauern einreichte. «Das war vor anderthalb Jahren, und bisher hat sich nur wenig geändert», sagt ASK-Koordinator Stephan Suhner. «Die Schweiz hat sich kaum engagiert; vor Ort wurde keine Mediation durchgeführt, und die Kommunikation des Seco und seine Feedbacks auf unsere Vorschläge sind äusserst minimal.»

Vierter Schwachpunkt: Die Entscheide werden meistens nicht veröffentlicht. Das Seco hat zwar Fortschritte gemacht und im September 2008 ein Schlusscommuniqué zum Gewerkschaftskonflikt bei Nestlé Russland veröffentlicht. Aber dieses war inhaltlich sehr dünn, verglichen mit den zum Teil substanzialen Berichten anderer Kontaktstellen. Anders als Britannien, weigert sich die Schweiz auch, die Verletzung der OECD-Normen klar zu benennen. Für 2010 ist eine Revision der Leitsätze vorgesehen. Es wäre eine gute Gelegenheit, ihnen mehr Zähne zu geben und die Kontaktstellen zu stärken.

Michel Egger

www.oecdwatch.org
www.reports-and-materials.org/Ruggie-report-7-Apr-2008.pdf

Hausaufgaben fürs Seco

me OECD Watch verfolgt die Aktivitäten des Investitionsausschusses der OECD. Die NGO hat Vorschläge für eine Reform der OECD-Leitsätze eingereicht. Alliance Sud unterstützt diese und fordert die Schweiz insbesondere auf:

- sich aktiv für eine substanziale Revision der Leitlinien einzusetzen und darüber eine breite Konsultation durchzuführen;
- die nationale Kontaktstelle zu stärken und ein parteienübergreifendes Begleitkomitee mit unabhängigen Experten zu schaffen;
- die Schlussberichte zu veröffentlichen und die Verletzung der Normen klar zu benennen.





Aid Watch-Report 2009

Zum vierten Mal hat das NGO-Netzwerk Concord einen Bericht über Qualität und Umfang der EU-Entwicklungshilfe veröffentlicht. 2008 gaben die EU-Länder mit fast 50 Mrd. Euro so viel aus wie noch nie. Doch werden viele Staaten das EU-Ziel von mindestens 0,56% BNE bis 2010 nicht erreichen. Mindestens 10% der EU-Hilfe wertet Concord als «aufgeblähte Hilfe». Und noch immer nähmen viele Regierungen die eigenen Prioritäten wichtiger als die Bedürfnisse der Empfängerländer.

www.concordeurope.org.

Mit Energie und Tatkraft

Bastienne Joerchel, Geschäftsleitungsmitglied und Leiterin des Büros Lausanne, verlässt uns, um eine neue Aufgabe anzupacken. Wir konnten Bastienne alles zutrauen – das öffentliche Streitgespräch, die Leitung grosser Kampagnen oder die Erarbeitung von politischen Studien. Kein Wunder, lassen wir Bastienne nicht gerne gehen; wir werden ihre Energie und Tatkraft sehr vermissen. Bastienne Joerchel stiess 1999 zu uns und arbeitete im Ressort Welthandel/WTO. Zu einem interessanten Zeitpunkt.



Bastienne Joerchel

1999 platzte die WTO-Ministerkonferenz in Seattle – danach begann die endlose Doha-Verhandlungsrunde, in der die Entwicklungsländer durchaus erfolgreich die Marktzutrittsoffensive der Industrieländer zu rechtstutzten. In den letzten Jahren arbeitete Bastienne zu den bilateralen Freihandelsverträgen, welche die Schweiz als Ersatz für mangelnde Liberalisierungserfolge in der WTO vorantreibt. Erstmals sprach sich in dieser Sommersession eine Minderheit des Parlaments gegen einen solchen Freihandelsvertrag aus (Kolumbien). Daneben führte Bastienne mit ihrem Kollegen unsere Öffentlichkeitsarbeit in der Westschweiz und leitete unser Westschweizer Engagement in Abstimmungskämpfen. Bastienne war führend an der Organisation des zweiten alternativen Wasserforums 2005 in Genf beteiligt und leitete die 0,7%-Kampagne in der Westschweiz.

Diesen Sommer übernimmt Bastienne die Leitung des Lausanner Sekretariats des Vereins Lire et Ecrire, der funktionalen AlphabetInnen beisteht. Wir wünschen ihr viel Glück!

Peter Niggli

Karussell

— Bastienne Joerchel, Leiterin des Westschweizer Regionalbüros von Alliance Sud, wechselt zum Verein Lesen und Schreiben/Lire et Ecrire in Lausanne (siehe Artikel oben). Ihre Nachfolgerin heisst Isolda Aggazzi, bisher Presseagentur Infosud Genève.

— Kaspar Schmidt, früher Intercooperation, ist neuer Forstprojektleiter von Helvetas in Bhutan. Pierre Reift, bisher Kommunikationschef bei der Heilsarmee Schweiz-Österreich-Ungarn, leitet neu die Abteilung Kommunikation von Brot für alle. Ebenfalls bei Bfa hat Pascal Helfer die neu geschaffene Stabsstelle und Evelyn Kamber die neue Klima-Stelle übernommen. Die gemeinsame Gender-Stelle von Brot für alle und Heks betreut neu Andrea Kolb.

— Bei Heks ist Angela Elmiger neue Programmbeauftragte Mittlerer Osten; Eva Büchler, Sachbearbeiterin Administration in der Abteilung Ausland, hat das Hilfswerk verlassen. In der Buchhaltung von Fastenopfer arbeitet neu Christian Werren; er ersetzt Frau Snegin.

— Caritas Schweiz verlassen haben die

beiden Programmverantwortlichen für Lateinamerika, Regula Erazo und Dominique Rothen, Franziska Bieri (Delegierte Java/Indonesien), Livia Boesch (Leiterin Bereichssekretariat Kommunikation) und Carole Schaber (Stiftungsfundraising), Delegierte Java/Indonesien). Neu arbeitet Manja Graham als Delegierte von Caritas Schweiz in Myanmar/Burma. Marianne Huber, bisher Leiterin der Caritas-Abteilung Afrika, arbeitet neu als Country Representative für Caritas Deutschland in Afghanistan.

— Die frühere Verwaltungsratspräsidentin der Alternativen Bank ABS, Claudia Nielsen, hat von Karl Johannes Recheiner die Geschäftsleitung von Oikocredit Deutsche Schweiz übernommen. Sonja Ribl, ehemals Pro Natura, löst Remo Gysin als Leiterin des Centre for the Millennium Development Goals (CMDG) in Basel ab. Neuer gesamtschweizerischer Leiter der Stopp-Armut2015-Kampagne der Schweizerischen Evangelischen Allianz ist Peter Seeberger; die Kampagne in der Deutschschweiz leitet neu Matthias Stürmer.

— Bei der Deza wird Regula Bähler, bis-

her Chefin Stab der Regionalen Zusammenarbeit, neue Koordinatorin in Havanna (Kuba). Sie löst Herbert Schmid ab, der als Programmbeauftragter Ostasien nach Bern zurückkehrt. Marc Gschwend, bisher Schweiz. Katastrophenhilfskorps, wird neu Assistenzkoordinator in Damaskus (Syrien). Als Programmbeauftragte in der Abteilung Südasiens amtet neu Frank Wiederkehr; Felix Fehlmann zügelt als Koordinator nach Ulan Bator (Mongolei). Er ersetzt Markus Dubach, der die Deza verlässt.

— Beata Godenzi Rasmussen, bisher Programmbeauftragte bei den Institutionellen Partnerschaften, ist neue Chefin des Globalprogramms Migration. Michael Gerber wechselt von der Abteilung Südasiens zur Sektion Analyse und Politik. Andreas Huber, ehemaliger Koordinator in Kabul, übernimmt das Kobü in Bukavu (Demokratische Republik Kongo). Tommaso Tabet, bisher JPO, arbeitet neu als Assistenzkoordinator in Dhaka (Bangladesch). Die Deza verlassen hat der stv. Sektionschef Analyse und Politik, Bernhard Wenger. Er ist neu als selbstständiger Organisationsberater tätig.

So wird Hunger gemacht

Im Krisenjahr 2009 verschärft sich die Ernährungssituation weiter. Bereits leidet eine Milliarde Menschen an Hunger – obwohl es eigentlich genug Nahrung gäbe.

In «So wird Hunger gemacht: Wer warum am Elend verdient» erläutert die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Petra Ramsauer die Gründe dafür. Sie erklärt, welche Mechanismen auf dem Weltmarkt der Nahrungsmittel spielen und wie es zu ungerechter Verteilung und damit zu Hunger kommt.



So wird Hunger gemacht: Wer warum am Elend verdient / Petra Ramsauer; Wien: Ueberreuter, 2009; 206 S.

Bei zahlreichen Aufenthalten in Krisengebieten ist die Autorin immer wieder grossem Hunger begegnet. Eindrücklich dokumentiert sie die Lebenswelten der Menschen, die zu wenig zu essen haben und in tiefer Not leben. Und sie deckt kompromisslos auf, wer von der Misere profitiert. Ihre genau recherchierten Reportagen zeigen, wie sich der Preisanstieg für Nahrungsmittel, der Boom von Agrotreibstoffen und der verschwenderische Konsum jener, die es vermögen, auf die Ernährungslage auswirken.

Im abschliessenden Kapitel «So wird Wohlstand gemacht» nennt Ramsauer zehn konkrete Handlungsmöglichkeiten, wie man der ungerechten Verteilung der globalen Ressourcen entgegenwirken kann.

Das Buch ist ausleihbar: Signatur: Eb/47

Welthungerindex

Der Welthungerindex wird für 88 Länder anhand der drei Indikatoren «Kindersterblichkeit unter fünf Jahren», «Untergewichtige Kinder unter fünf Jahren» und «Anteil der Unterernährten in der Bevölkerung» berechnet. Er wird seit 2006 jährlich vom International Food Policy Research Institute (IFPRI) veröffentlicht, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsche Welthun-

gerhilfe und Concern Worldwide.

<http://www.welthungerhilfe.de/3280.html>

Dem Weltmarkt misstrauen

In der Broschüre «Dem Weltmarkt misstrauen: Die Nahrungskrise nach dem Crash» gehen Thomas Fritz und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) Fragen rund um die Preisentwicklung der Nahrungsmittel in der Wirtschaftskrise nach.

<http://tinyurl.com/weltmarktmissstrauen>

Alliance-Sud-Katalog

Mit den Schlagworten «Hunger» oder «Ernährungssicherung» finden Sie zahlreiche Fachartikel aus dem Bestand des Dokumentationszentrums von Alliance Sud.

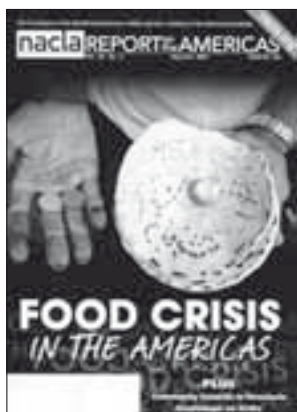
<http://katalog.alliancesud.ch>

Newsticker zu Hunger

Die Sammlung von Nachrichtenquellen im RSS-Format hält Sie mit Meldungen von verschiedenen Organisationen auf dem Laufenden. <http://www.netvibes.com/dokumentation#Hunger>

Verantwortlich für diese Seite:
Dokumentationszentrum Bern

Zeitschriften-Lese(n)



Das Monopol der Agromultis brechen
Mit den strukturellen Ursachen der Nahrungskrise in Lateinamerika befasst sich «NACLA: Report on the Americas», Mai/Juni 2009. In der Kritik steht die von den Agromultis beherrschte Nahrungsproduktion,

die auf Exportorientierung und Gentechnologie setzt. Dem halten die AutorInnen das Konzept der Ernährungssouveränität entgegen. Ein aufrüttelnder Fotoessay über die sozialen Folgen der industriellen Soja-Produktion in Paraguay rundet die Beiträge ab. www.nacla.org

Konfliktfaktor natürliche Ressourcen

Konflikte um Rohstoffe und Ressourcen sind Schwerpunkt von «W & F: Wissenschaft und Frieden», Mai 2009. Die Beiträge beleuchten etwa, wann und unter welchen Akteuren Konflikte ausbrechen sowie die Kausalität zwischen Rohstoffreichtum beziehungsweise -armut und Gewaltkonflikten. Weiter zeigen sie, welches Konfliktpotenzial entsteht, wenn Ökosysteme vernichtet und natürliche Lebensgrundlagen zerstört werden.

www.wissenschaft-und-frieden.de

Dokumentationszentrum Bern – wo Sie mit Ihrer Informationssuche richtig sind:

Standort

Monbijoustrasse 31,
3011 Bern

Telefon

031 390 93 37

E-Mail

dokumentation@alliancesud.ch

Internet

www.alliancesud.ch/dokumentation

300 000 Menschen

Jährlich sterben weltweit 300 000 Menschen an den Folgen der Klima-veränderung. Bis 2030 werden es 500 000 sein.

40 Prozent

In den Tropen und Subtropen werden die Ernteerträge von Grundnahrungsmitteln wie Reis oder Mais wegen der höheren Temperaturen um bis zu 40 Prozent abnehmen.

43 Inselstaaten

43 kleine Inselstaaten, die durch den Anstieg des Meeresspiegels vom Untergang bedroht sind, fordern die Beschränkung der Klimaerwärmung auf max. 1,5 Grad Celsius.

Foto: Richard Gerster



Fachtagung

Kopenhagen und der Süden

Kein neues Klimaabkommen ohne fairen Deal

Freitag, 30. Oktober 2009, Kulturkasino, Bern, 8.45 bis 13 Uhr

ReferentInnen:

- Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bonn, und stv. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung
- Martin Khor, Executive Director South Center, Genf
- Rosemary Olive Mbone Enie, Women for Climate Justice, Monrovia/Liberia
- Simone Lovera, Managing Director Global Forest Coalition, Asunción/Paraguay
- Rosmarie Bär, Klimaexpertin von Alliance Sud, Bern

sowie VertreterInnen des Bundes.

Im Dezember findet in Kopenhagen eine entscheidende Klima-Konferenz statt. Sie soll ein neues Klimaschutzabkommen verabschieden, das eine gefährliche Destabilisierung des Weltklimas verhindert. Ob dies gelingt, hängt davon ab, ob sich die Industrie- und Entwicklungsländer auf gemeinsame Strategien und Ziele einigen können.

An der Tagung von Alliance Sud zeigen Fachleute aus dem In- und Ausland, welches die wichtigsten Klima-Streitpunkte zwischen Nord und Süd sind. Sie diskutieren, was ein fairer Einbezug von Schwellen- und Entwicklungsländern in ein neues Klimaabkommen bedeutete – und wie sich die Schweiz in diesem «Klimastreit» verhalten sollte.

Weitere Informationen: www.alliancesud.ch